

Halle'sche Zeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

Landeszeitung für Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen

(Privilegiert 1705)

226. Jahrgang, Nr. 22 a

Abend-Ausgabe

Sonnabend 26. Januar 1929

Die Parteiführer beim Kanzler

Unterredung Müller-Dr. Haas-Koch-Weser um die Große Koalition

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. Januar. In der letzten Zeit auch von sozialdemokratischer Seite ...

in den bürgerlichen Regierungsparteien bisher durchaus das Gefühl vorhanden war, daß die Sozialdemokratie nur mit halbem Herzen für die Schaffung der Großen Koalition eintrete, wie denn auch Ministerpräsident Braun noch in den letzten Tagen eine Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen ungewöhnlich abgelehnt hat.

Der Aufsatz führt aus, daß Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei — die Bayerische Volkspartei nehme eine Sonderstellung ein! — grundsätzlich positiv zur Koalition ständen, aber es sei nicht so ganz gewiß, ob sie auch gewillt seien, auf eine neue Diskussion der sachlichen Voraussetzungen zu verzichten.

Besonders erschwerend wirkten sich die Personalschwierigkeiten aus, da das Zentrum seine alte Forderung nach drei Ministerstellen, darunter das Vizekanzleramt und das Innenministerium, wieder aufgenommen habe. Der Gehalts- und die Interparlamentarischen Ausschuss zu belassen, keine

ebenfalls keine allgemeine Zustimmung zu finden, und so sieht das offizielle sozialdemokratische Organ die Krisis herankommen, wenn die Parteien einzeln ihre eigenen Erparnis- und Steuerpläne vorlegen und sich nicht auf die Kompromißvor schläge des Kabinetts einigen.

Dazu bemerkt man in parlamentarischen Kreisen, daß die Voraussetzung einer allgemeinen politischen Bereitschaft zur Großen Koalition ungewöhnlich richtig ist, daß aber die „Deutsche Volkspartei“ wie die Demokraten den wirtschaftspolitischen Aufbau einer neuen Vermögenssteuer, die die ohnehin ungenügende Kapitalbildung weiter beschneiden würde, nicht mitmachen können, und daß die „Bayerische Volkspartei“ und hinter ihr das „Zentrum“ die Biersteuer auch dann für untragbar halten, wenn ihr Aufkommen auf 80 Millionen beschränkt werden sollte. Dazu kommt

Die Preussische Frage

über die zwar zwischen den Parteien in unerbittlicher Form verhandelt wird und zwar bereits mit Namensnennung für die Neuverteilung der Ministerposten, die aber doch bisher noch zu keiner wirklichen Lösung gelangen konnte.

Man ist vornehmlich im volksparteilichen Lager geneigt, diesen Vorstoß des „Sozialdemokratischen Pressebüros“ als einen „Mißfall“ der Sozialdemokratie anzusehen, und man scheint bereit zu sein, trotz aller sachlichen Bedenken mit Härte eine Aktivität als bisher an die Koalitionsbesprechungen heranzugeben.

Stegerwald 1. Vorsitzender der Zentrumspartei

Einstimmig von der Reichstagsfraktion gewählt

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. Januar.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages wählte am Freitagabend den Fraktionsvorsitzenden und den Fraktionsvorstand. Die Wahlhandlung erfolgte unter dem Vorsitz des Parteivorstehenden, Abgeordneten Dr. Haas.

Zum ersten Vorsitzenden wurde der Abgeordnete Dr. Stegerwald durch Zuruf einstimmig gewählt. Stegerwald nahm die Wahl mit Dank an und erklärte, daß seine Hauptaufgabe in Zukunft politischer Natur sein werde, und er insbesondere den Vorsitz im „Deutschen Gewerkschaftsbund“ niederlegen werde.

Danach dankte Dr. Haas für die Annahme der Wahl und machte dann einige Mitteilungen über die der Wahl vorangegangenen Verhandlungen. Zu Heilberetzenden Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Vertikus und Geyer gewählt. Weiter wurden in den Fraktionsvorstand wiedergewählt die

Abgeordneten Dr. Wolf, Gieseler, Joss, Müdler, Wlaga und Franke. Neu hinzugewählt wurde der Abgeordnete Dr. Witz.

Ultimatum der Bayerischen Volkspartei

(Telegraphische Meldung)

München, 25. Januar.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ schreibt folgendes:

Die Reichsregierung habe durch die Biersteuererhöhungspolitik die Bayerische Volkspartei berat vor den Kopf gestoßen, daß das Verbleiben des Vertrauensmannes der Bayerischen Volkspartei im Reichskabinett nur möglich sein werde, wenn die Reichsregierung mit einem wichtigen Teil ihrer Vor schläge bei den Parteien kein Gehör finde.

Es gebe nur eine Alternative: entweder verzichte man auf die Mitwirkung der Bayerischen Volkspartei, oder man wende sich von dem Plan einer Biersteuererhöhung entschieden ab.

Darüber müsse man sich klar sein, daß die Biersteuererhöhung für die Bayerische Volkspartei kein Feld für Kompromisse sei. Gegenüber dem Zentrum erinnere die Korrespondenz an die bekannte Äußerung des Prälaten Leicht auf dem Wiener Zentrumstag: „Er hoffe, den nächsten Parteitag nicht mehr bloß als Gast mitzumachen“ und bemerke dazu, das Zentrum habe es jetzt in der Hand, daß der Geist dieser Epithete keinen Schaden erleide.

Reichskanzler und Länderbeauftragte

Die finanziellen Streitfragen sollen bereinigt werden.

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. Januar.

Am Freitag mittag traten im Reichstag unter Vorsitz des Reichskanzlers die Beauftragten der Länder Preußen, Sachsen, Bayern, Baden, Württemberg, Hessen, Mecklenburg, Scharhin und Oldenburg zusammen, um mit der Reichsregierung die finanziellen Streitfragen zu bereinigen, die zwischen Reichsregierung und den Ländern wegen der Entschädigung für die dem Reich überlassenen Eisenbahnen und Postverwaltungen entstanden sind.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages, der unter dem Vorsitz des Abgeordneten Scheidemann zusammentrat, erstattete der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann zunächst einen ausführlichen Bericht über die politischen Hauptfragen, die auf der Tagung des Völkerrates in Lugano behandelt worden sind. Dieran schloß sich eine längere Aussprache.

Der Reichsrat genehmigt den Kellogg-Pakt
Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf zu dem Vertrag über die Nichtung des Krieges. — Auch die Ägyptische Regierung hat den Kellogg-Pakt ratifiziert.

Noch immer keine Lösung!

Die S. P. D. in Witten

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Witten, 25. Januar.

Die „Sozialdemokratische Presse“ veröffentlicht heute eine Stellungnahme zur Regierungserklärung im Reichstag, in der parlamentarischen Streifen außerordentliche Bedeutung hat, die nicht nur mit Unrecht vermutet, daß der Reichskanzler Müller selbst den Anstoß zu diesen Ausführungen gab. Die Ausführungen sind um so bemerkenswerter, als

Steuervereinheitlichungs-Gesetz vor dem Reichstag

Deutschnationalen lehnen ab — Keine Tribünenkarten mehr für A. P. D. er

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 25. Januar.

Präsident eröffnete die Freitag-Sitzung des Reichstages um 2 Uhr und teilte mit, daß der Kriegschulungsplan heute zugangen sei.

Der Eintritt in die Tagesordnung protestierte Abgeordneter (Komm.) dagegen, daß der Präsident im Anschluß an eine Demonstration am Donnerstag auf der Tribüne habe, daß weder der kommunistischen Fraktion, noch ein Mitglied der Fraktion in Zukunft Tribünenkarten ausgestellt werden. Präsident Voegelé wies darauf hin, daß die im Interesse der Ordnung des Hauses getroffene Maßnahme der Beschneidung des Reichstages unterliege. Es sei nicht möglich, daß Gewerkschaften, die auf den Tribünen der Reichstages anwesend wären, von niemandem abgelehnt werden. Es habe aber leider festgesetzt werden, daß die gestrigen

Abgeordneten auf der Tribüne mit Karten der kommunistischen Fraktion

waren, und daß sie die Anordnung zum Verlassen der Tribüne gegen die Schimpfungen und tätlichen Übergriffe gegen die Beamten des Reichstages konstatieren

der Tagesordnung steht die erste Beratung des Steuervereinheitlichungs-Gesetzes; es handelt sich neben dem Gesetz um fünf Einzelgesetze.

Beil (Soz.) betont in der Aussprache die Notwendigkeit, die Prüfung der Vorlagen dem Steuer-

schutz vorzubehalten. Wenn er heute nicht im einzelnen Kritik über, so sei daraus nicht zu schließen, daß die Sozialdemokratie mit der vorgelegten Regelung in allem einverstanden sei. Eine Besteuerung der Betriebe der öffentlichen Hand werde jedoch wieder, auf die Wirtschaft abgewälzt werden.

Abg. Dr. Rademacher (D. H. D. P.)

weist anschließend darauf hin, daß sich die steuerlichen und sozialen Lasten seit 1913 verdreifacht hätten. Dazu komme eine große Unschicklichkeit des Steuerrechts, so daß kein Bauer und kein Gewerbetreibender sich mehr darin zurechtfinde. Das bewährte Steuerrecht der Vorkriegszeit ist leider aus politischen Gründen beseitigt worden. Heute bewilligte der eine die Steuern, der andere müsse sie bezahlen!

Der Redner forderte finanzielle Selbständigkeit der Länder und Gemeinden und eine Vereinigung mit dem Ziel der Steuerentlastung. Die vorliegenden Entwürfe müßten bei dem Steuerzahler ein Grauen vor diesem Buß ermeden. Da sie weder eine Vereinigung noch eine Entlastung der Steuerlasten brächten, lehne die Deutschnationalen Fraktion die vorliegenden Gesetze ab! Sie verlange den dreijährigen Durchschnitt für die Beratung, Offenlegung der Etats der Gemeinden und wies auf unabhängige Finanzgerichte. Die Hauszinssteuer bedeute einen Raub, eine Enteignung des Hausbesitzers.

Auch Abg. Feder (Nl. Soz.) lehnt die Entwürfe ab. Darauf wurde die Fortsetzung der Beratung auf Dienstag, 3 Uhr, vertagt.

